

# **"Direkte Technokratie – Unser Weg in die Zukunft?"**

FURCHE 22/2021

Die repräsentative Demokratie hat innere und äußere Feinde.  
Demokratische Politik gleicht nicht erst seit Corona einem  
Reparaturbetrieb. Was können wir in dieser Situation von China,  
Singapur und der Schweiz lernen?

**Christoph Müller**

Berühmte Zitate prägen das kollektive Bewusstsein und werden nicht selten zu unhinterfragten Argumenten. Ein solches Zitat ist Winston Churchills „Die Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen, ausgenommen alle anderen.“ So richtig dieser Satz scheint, so falsch war er von Anfang an. Denn niemand kann wissen, wie schlecht alle anderen denkbaren Staatsformen samt deren Variationen sein würden. Der Fehler liegt jedoch nicht bei Churchill. Vollständig zitiert zeigt sich dessen Vorsicht und Zurückhaltung: „Die Demokratie ist die schlechteste Staatsform, außer all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.“ Für ihn war die Demokratie nicht für alle Zeiten die beste aller Herrschaftsformen, sondern eben nur die beste der bisher erprobten.

Laut dem 2020 veröffentlichten Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung findet in immer mehr Demokratien wie etwa Polen, Ungarn oder Indien eine schleichende Erosion der Rechtsstaatlichkeit und politischen Freiheiten statt. Wesentliche Ursachen sind Sicherung der bestehenden Machtverhältnisse und Vetternwirtschaft, die Ungleichheit verstärken und zur Spaltung der Gesellschaft beitragen. Corona drohe diese Entwicklungen zu beschleunigen.

## **Praxis des Durchwurstelns**

Der Soziologe Helmut Willke meint, dass die Entzauberung der Demokratie als Herrschaftsform durch die globale Finanzkrise sowie die sich verschärfende ökologische Krise inzwischen eine systemgefährdende Qualität erreicht hat und angesichts komplexer und unübersichtlicher Verhältnisse nicht mehr gut genug ist. Zudem sei das chinesische Modell politischer Steuerung aufgrund seiner in Teilbereichen höheren Effizienz und Effektivität zur ernsthaften Konkurrenz erwachsen. China habe genau dort Stärken, wo die Demokratie ihre Schwächen hat. Es zeichne sich durch einen hohen Grad an Lernfähigkeit und Strategiefähigkeit aus. Die Demokratie hingegen sei aufgrund ihrer periodischen Wahlen vom mangelnden Einschätzungsvermögen und Wissen der Mehrheit sowie einer kurzfristigen Politik

geprägt, die Symptombehandlung statt Ursachenbekämpfung betreibe. Das im Nachhinein stattfindende Lernen sei nicht auf plötzliche und einschneidende Ereignisse und Umbrüche wie etwa ein Virus angelegt.

In diesem Sinne beschrieb Charles Lindblom 1959 Demokratie als „The Science of Muddling Through“, die Fähigkeit sich durchzuwurschteln.

Die Demokratie braucht ein evolutionäres Update, um in einer komplexen und unübersichtlichen Welt weiterhin effektiv zu sein, sagt Politologe Parag Khanna.

Der zentrale Anspruch der Demokratie ist, dass alle von demokratischen Entscheidungen betroffenen Personen an denselben mitwirken können. Die Bundesverfassung hat die Demokratie repräsentativ ausgestaltet und sieht nur wenig direkt-demokratische Möglichkeiten vor. In der Praxis scheinen somit die Nationalrats- und Landtagswahlen das zentrale politische Steuerungsinstrument des Volks zu sein, wobei die Parteien in Österreich vor der Wahl kaum Koalitionspräferenzen äußern. Laut einer Umfrage aus dem Jahr 2019 achteten 63 Prozent der Österreicher auf eine umweltfreundlichere Mobilität. Der im April veröffentlichte Rechnungshofbericht zum Klimaschutz zeigt, dass sich in Österreich die Treibhausgas-Emissionen in den letzten 30 Jahren um fünf Prozent erhöhten. Nahezu die Hälfte der Emissionen außerhalb des Emissionshandels sind dem Verkehr zuzuschreiben. Warum passen Selbsteinschätzung der Österreicher und österreichische Klimapolitik nicht zusammen?

Das Wesen der Demokratie wird üblicherweise auf Rechtsstaatlichkeit und Input-Legitimität reduziert. Vergessen wird das Prinzip der Effektivität oder Output-Legitimität der kollektiv-verbindlichen Entscheidungen. Laut dem Politikwissenschaftler Parag Khanna braucht die Demokratie ein evolutionäres Update, um in einer komplexen und unübersichtlichen Welt weiterhin effektiv zu sein. Er plädiert für eine „direkte Technokratie“ oder einen „Infostaat“, ein Mix aus Schweiz und Singapur. Sein zentrales Argument ist, dass die Schweiz weitaus technokratischer sei als allgemein angenommen und Singapur viel demokratischer als viele meinen. Die Regierungen der beiden Länder stünden mit Blick auf das Gemeinwohl im ständigen Austausch mit der Bevölkerung und fällten auf dieser Basis die politischen Entscheidungen.

Im Sinne der Rechenschaftspflicht der Politik würden die Wünsche und Ansichten

der Bürger laufend in die Entscheidungsprozesse einfließen, da es eine große Divergenz zwischen dem gebe, was das Volk am Wahltag entscheidet und dem, was tatsächlich davon umgesetzt wird. Außerdem würden die Wahlberechtigten bei der Wahl für ein Paket an Angeboten stimmen, obwohl sie im Einzelnen nicht mit allem einverstanden sind, was die gewählte Partei vorschlägt. Kanna plädiert dafür, Regierungschefs durch ein Gremium von gleichberechtigten Stimmen nach Vorbild des Schweizer Bundesrats zu ersetzen. Ein solches Gremium könnte in Rücksprache mit der Bevölkerung ausreichend schnell und legitimiert Entscheidungen treffen. Der schweizerische und singapurische Infostaat stütze sich auf Innovationen, die mit Blick auf größere Staaten ohne Mehrkosten skalierbar seien.

### **Durchschnittsbürger als Experten**

Am 26. März 2021 forderte der Nationalrat im letzten Abschnitt seiner „Entschliebung betreffend Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Klimavolksbegehren“ die Einrichtung eines Klimarats der Bürgerinnen und Bürger zur Diskussion und Ausarbeitung von Vorschlägen für die zur Zielerreichung notwendigen Klimaschutzmaßnahmen. Das Gremium soll sich aus mindestens 100 Personen zusammensetzen, die seit mindestens fünf Jahren ihren Hauptwohnsitz in Österreich haben, mindestens 16 Jahre alt sind und hinsichtlich Geschlecht, Alter, Bildungsstand, Einkommen und Wohnort einen repräsentativen Querschnitt der Gesellschaft abbilden. Dies eröffnet die Möglichkeit, die in der Gesellschaft nicht zentral verortete Expertise nutzbar zu machen.

Das von Willke favorisierte Gegenmodell besteht darin, dass die Bearbeitung komplexer Politikbereiche wie im Fall der Zentralbanken vom Souverän an Spezialisten delegiert wird. So könnten zum Beispiel nationale Parlamente die Verantwortung für die Klimapolitik an Regulierungsinstitutionen delegieren, welche die Nationalstaaten in den internationalen Gremien vertreten. Die demokratischen Prinzipien Transparenz und Rechenschaftspflicht müssten in die Entscheidungsprozesse der Experten eingebaut werden. Die Festlegung der Rahmenbedingungen und die Ernennung der Personen erfolgen durch die demokratisch legitimierte Politik, in ihrer Arbeit sind diese Institutionen jedoch unabhängig und nicht anfällig für tagespolitische Überlegungen. Wesentlich ist, dass diese Institutionen entscheiden und nicht nur beraten. Es gibt zwar zahlreiche Kommissionen und Beiräte, die die Politik mit Expertisen versorgen, ihre Arbeit entzieht sich jedoch weitgehend der öffentlichen Wahrnehmung und der demokratischen Legitimation.

Hat die Demokratie noch eine Zukunft oder droht ihr schleichender Untergang?

Obwohl viele verschiedene Formen politischer Ordnung denkbar wären, treffen wir in der Science-Fiction meist auf eine Diktatur, die Gerontokratie oder die Plutokratie, in der unsere Nachfahren von Konzernen gelenkt werden. Klar scheint schon jetzt: Je knapper die Ressourcen sind, desto undemokratischer wird – auch in einer globalen Perspektive – deren Verteilung.

Die zufällige Zusammenstellung einer hinreichend großen Stichprobe ist eine wissenschaftlich anerkannte und häufig angewandte Methode, um eine Auswahl zu treffen, die für die Gesamtheit repräsentativ ist. Man könnte das Prinzip der Zusammensetzung des geplanten Bürger-Klimarats auf den Nationalrat übertragen, denn nur das Auslosen der Abgeordneten für maximal eine Legislaturperiode ist repräsentativ-demokratisch. Das größte Hemmnis für die Umsetzung dieser Idee wären wohl die politischen Parteien. Ihre Mitwirkung würde auf die Rolle einer Lobbyorganisation beschränkt – wäre das so falsch?